

Der schwere Übergang Forschungs- und Technologiepolitik im Umbruch

I. Vorbemerkung

Die Forschungs- und Technologiepolitik in den großen entwickelten Industriestaaten ist im Umbruch. Ein über Jahrzehnte hinweg gültiges Entwicklungsmuster scheint an sein Ende gekommen zu sein: die Zeit des unbegrenzt scheinenden Ressourcenwachstums, der risikoträchtigen technologischen Megaprojekte und großen Staatstechnik, der stabilen Allianzen aus Militär, Industrie, Wissenschaft und Politik, die über Jahrzehnte hinweg ständig neue Innovationen mit ihren Versprechen auf Gewinn und Macht, Wahrheit und Reputation organisierten. Es scheint, als ob nicht nur die innere Kohärenz dieses Musters zerbrochen ist – auch sein politisches wie ökonomisches Leistungsvermögen ist stark geschwächt und seine Akzeptanzressourcen sind gemindert. Fraglich, ob der Zusammenbruch der einstigen politischen und institutionellen Arrangements in den postsozialistischen Ländern dieses alte Entwicklungsmuster nochmals ausreichend stabilisieren kann, um seinen Hauptakteuren aufs neue und wieder so dauerhaft Hegemoniefähigkeit zu verschaffen – wie verändert auch immer.

Doch obwohl sich die Probleme, auf welche die neue Politik reagiert, vielfach gleichen, differieren die neuen politischen Optionen. Wer etwa die amerikanische Wissenschaftspolitik unter der Regierung Clinton seit Anfang 1993 mit der Situation in der Bundesrepublik vergleicht, wird rasch solche Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen:

- Gemeinsam ist die Herausforderung, das nationale Forschungs- und Techniksystem unter den Bedingungen knapp gewordener Mittel zu entwickeln. Während die Regierung Clinton das öffentliche Wissenschaftsbudget vor tiefen Einschnitten schützt und es sogar vergleichsweise überdurchschnittlich dotiert, bleibt die öffentliche Forschungsfinanzierung unter der konservativ-liberalen Regierung Kohl weit zurück, reale, zum Teil sogar nominale Mittelkürzungen sind charakteristisch geworden.
- Gemeinsam ist die Herausforderung, in kurzer Frist neue, insbesondere ökonomische und ökologische Forschungsprioritäten zu setzen und traditionelle Schwerpunkte staatlicher Fut-Politik aus der Zeit des Kalten Krieges um- und abzubauen. Während hier von der Clinton-Administration beträchtliche Mittelverlagerungen vorgenommen, expansive neue Förderprogramme für die Zi-

vilindustrie aufgelegt und mobilisierende Projekte (vom „green car“ bis zur „Datenautobahn“) initiiert wurden, geht die Revision der alten Forschungsprioritäten in der BRD bestenfalls schleppend und halbherzig voran – wenn von ihr überhaupt die Rede sein kann. Die wenigen thematischen Neuansätze kümmern vor sich hin.

- Gemeinsam ist der Zwang, die klassischen politischen, prozeduralen wie institutionellen Struktur- und Entwicklungsformeln für Wissenschaft und Technik zu überprüfen, politische Innovationen zu konzipieren und durchzusetzen. Hier hat die amerikanische Administration eingreifende neue Koordinierungs- und Steuerungsgremien installiert, eine neue Haushaltssystematik durchzusetzen begonnen, eine Reihe nationaler forschungs- und technologiepolitischer Strategiekonferenzen durchgeführt, in deren Mittelpunkt zentrale gesellschaftliche Fragen (z.B. Ökologie) standen und endlich durch häufige wissenschaftspolitische Präsenz Clintons und Gores eine für die USA bislang nicht gekannte symbolische Aufwertung dieses Politikfeldes betrieben. Betrachtet man hingegen die macht-, haushalts- und symbolpolitische Platzierung der Forschungs- und Technikpolitik in der Bundesrepublik vor allem seit 1989, dann sind lange Zeit nicht politische Innovation, sondern schlechende Marginalisierung und zunehmend, sogar demonstrative symbolische Abwertung charakteristisch gewesen. Nicht nur das geringschätzigste Handling des Ministerwechsels von H. Riesenhuber über M. Wissmann zu P. Krüger oder die Vorführung fachlicher Inkompetenz seitens des Bundeskanzlers H. Kohl¹⁾, sondern auch die gekonnt jegliche selbstkritische politische Innovation vermeidende Übertragung traditioneller Muster nach Ostdeutschland, ja die generelle und explizite Ablehnung forschungs- und technikpolitischer Handlungsbedarfs durch staatliche Instanzen stehen dafür. Noch im Frühjahr 1993 formulierte etwa der zweite Entwurf

1) Helmut Kohl am 3.3.1994 in der RTL-Sendung „Bürger fragen den Kanzler“ auf die Fragen des Chefs von Microsoft Deutschland: „Frage: Für unsere Zukunft brauchen wir Zukunftsindustrien. Die Informationsindustrie ist vielleicht eine der wichtigsten. Was tun Sie für die deutsche Daten-Autobahn? Kohl: Da sind wir ja mitten in der Diskussion, das weiß kaum einer besser als Sie. Und Sie wissen auch, wie heftig umstritten das ist. Die Zukunft läuft in diese Richtung, aber wir brauchen dafür Mehrheiten, und wir sind ein föderal gegliedertes Land, und Autobahnen sind elementar auch in der Oberhoheit der Länder. Ich bin ganz sicher, daß in den nächsten Jahren, und zwar noch in diesem Jahrzehnt, die Entscheidung in diesem Sinne fällt. Ich sehe gar keinen anderen Weg dorthin [...]. Frage: Hoffentlich hat das nicht zehn Jahre gedauert, bis die Entscheidungen gefallen sind. Kohl: Diese Entscheidung dauert mit Sicherheit keine zehn Jahre. Es gibt eine ganz einfache Antwort als Beweis: Der Zustand, den wir jetzt auf den Autobahnen haben, ist dergestalt, daß wir wissen, wann wir überhaupt nur noch von „Go und Stop“ auf Autobahnen reden können. Und da ist der Zwang zu groß, daß diese Entscheidung fällt.“ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; Fernseh-Hörfunkspiegel v. 4.3.1994

